

Ressort: Politik

NPD-Verbotsverfahren: Selling appelliert an Bundesregierung und Bundestag

Rostock, 06.12.2012, 16:40 Uhr

GDN - Der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Selling (SPD), hofft bei einem NPD-Verbotsverfahren auf die Unterstützung von Bundesregierung und Bundestag für die Länderinitiative. In der Nachrichtensendung "NDR aktuell" sagte Selling: "Am wirkungsvollsten, am überzeugendsten wäre, wenn wir das zu dritt so machen."

Der SPD-Politiker zeigte sich in dem Interview erfreut, dass die Regierungschefs der Länder einstimmig für ein NPD-Verbotsverfahren stimmten. "Wir haben heute sehr einmütig das Material gesichtet, das uns die Innenminister vorgelegt haben. Und da ist die einmütige Einschätzung, dass wir sagen, das muss für ein Verbotsverfahren ausreichen", sagte er. Die NPD sei verfassungsfeindlich, nun reichten auch die Beweise. Bei den Menschen dürfe keinesfalls der Eindruck entstehen, dass es sich bei der NPD um eine "ganz normale Partei" handle, so Selling. Ein NPD-Verbot könne dennoch nicht das Problem mit rechtsextremen Gruppierungen zur Gänze bekämpfen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-3659/npd-verbotsverfahren-selling-appelliert-an-bundesregierung-und-bundestag.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619